

## Abstimmungen vom 30. November 2014

National:

### NEIN zur Ecopop-Initiative



Der schweizerische Umweltverein **ECOPOP** setzt sich gemäss eigenen Aussagen mit den Themen Weltbevölkerung, Natur, Umwelt und Wirtschaftswachstum auseinander und betrachtet diese offensichtlich in einem grösseren Zusammenhang. Die Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ verlangt zwei Ziele. Sie will in der Schweiz eine starre Zuwanderungsquote einführen. Die ständige Wohnbevölkerung dürfte aufgrund der Zuwanderung noch um max. 0.2% pro Jahr wachsen. Nach heutigem Stand wären das rund 16'000 Personen (Auswandernde ca. -90'000, Einwandernde max. ca. 126'000). Mit einer Korrektur der Schwergewichte der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit sollen 10% des Gesamtbudgets zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden, um die Geburtenrate weltweit zu senken.

#### Gegenargumente:

- Eine starre Einwanderungsquote nimmt der Schweiz jegliche Flexibilität, um auf wirtschaftliche Schwankungen zu reagieren. Dies benachteiligt namentlich unsere KMU. Sie **verschärft** die Rahmenbedingungen der Einwanderungsinitiative vom 9. Februar zusätzlich.
- Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ist im geltenden Verfassungsrecht bereits an mehreren Stellen verankert. Die Initiative reduziert die globalen Umweltprobleme lediglich auf das Bevölkerungswachstum und lässt Fragen wie z.B. den sinnvollen Umgang mit Ressourcen, die Erschliessung umweltverträglicher Energieformen oder verdichtetes Bauen völlig ausser Acht.
- Der Verzicht auf Empfängnisverhütung hat viel mehr mit kulturellen Zwängen, hoher Kindersterblichkeit und Armut zu tun als dem fehlenden Zugang zu Verhütungsmitteln. In vielen Ländern kümmern sich Kinder später um die Eltern und sind so die einzige vorhandene Altersvorsorge.

**Die Delegierten der CVP Kantonalpartei lehnen die Vorlage mit 187 Nein einstimmig ab.**

### NEIN zur Goldinitiative



Die Volksinitiative „Rettet unser Schweizer Gold“ will das Schweizer Gold sichern. Das Fundament jeder stabilen Währung sind werthaltige Reserven. In unsicheren Zeiten sei es für die Zukunft des Schweizerfrankens von entscheidender Bedeutung, dass den Goldreserven Sorge getragen wird. So könnten wir unser Volksvermögen auch in schwierigen Zeiten sichern. Dabei soll die Schweizerische Nationalbank (SNB) keine Goldverkäufe mehr tätigen können, das Schweizer Gold soll in der Schweiz gelagert werden und die Goldreserve der SNB-Aktive müsse immer mindestens 20 % betragen.

#### Gegenargumente:

- Die Initiative schränkt die Unabhängigkeit der SNB massiv ein. Die SNB braucht Handlungsspielraum und wird international nur in einer unabhängigen Rolle ernst genommen. Massnahmen, wie die Mindestkurspolitik gegenüber dem Euro oder weitreichende Vorkehrungen zur Sicherung der Finanzstabilität würden nicht mehr mit derselben Entschiedenheit angekündigt und durchgesetzt werden können.
- Die Initiative erhöht das Anlagerisiko der SNB. Die Rendite würde aber abnehmen, weil Gold keine laufenden Erträge in Form von Zinsen oder Dividenden abwirft. Die Initiative gefährdet somit die Gewinnausschüttung an Bund und Kantone, die bekanntlich ein beinahe fester Bestandteil der Budgets sind. (Deren Wegfall führt zu finanziellen Engpässen, vgl. 2013!)
- Zurzeit verfügt die SNB über einen Goldanteil von ca. 8%. Um wieder auf einen Anteil von 20% zu kommen, hätte die SNB seit 2008 Gold für rund 68.6 Milliarden Franken kaufen müssen.

**Der Kantonalvorstand CVP Luzern lehnt die Vorlage mit 35 Nein, 0 Ja und 1 Enthaltung ab.**

## NEIN zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung



Die **Pauschalsteuer** ist ein Steuermodell, welches nur einem eng umgrenzten, nicht erwerbstätigen Personenkreis zugänglich ist und bei dem die Bemessungsgrundlage nicht die persönliche Leistungsfähigkeit (Einkommen), sondern der minimale Lebensaufwand sowie ev. weitere Faktoren bilden. Heute werden in der Schweiz rund 5'500 Personen pauschal besteuert. Sie

bezahlen Steuern in der Höhe von über 1 Milliarde Franken; erhalten rund 22'000 Arbeitsplätze und finanzieren zahlreiche gemeinnützige Projekte und Institutionen.

Das **Parlament** hatte in der Herbstsession 2012 bereits eine **Erhöhung der Pauschalsteuer beschlossen**. Personen sollen neu nicht mehr nach dem Fünf-, sondern nach dem Siebenfachen der Wohnkosten berechnet werden. Für Pauschalbesteuerte, die in einem Hotel wohnen, werden die Steuern in Zukunft neu nach dem Drei- statt dem Zweifachen des Pensionspreises berechnet. Für die direkte Bundessteuer wurde als Minimum ein steuerbares Einkommen von 400'000 CHF festgesetzt.

### NEIN zu Steuerausfällen ohne Not

Die Pauschalbesteuerung ist unbestritten ein Anreiz in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen. Andere Länder bieten ähnliche Systeme an. Mit der Abschaffung gefährden wir freiwillig und ohne Not über 1 Milliarde Steuereinnahmen.

### Nein zur Entmündigung der Kantone

Für einige Kantone, z.B. GE oder GR sind die Erträge aus der Pauschalsteuer existenziell. Für andere, z.B.: ZH sind sie nicht substantiell. Die Steuerhoheit ist in der Schweiz Sache der Kantone. Die Initiative ignoriert diesen Umstand und nimmt keine Rücksicht auf regionale Eigenheiten. Es ist aus Sicht der CVP unsolidarisch und kurzsichtig mit der verordneten Abschaffung einzelnen Kantonen ihre Entwicklungs-Chancen zu verbauen oder zumindest zu behindern.

### Nein zur Gefährdung von Arbeitsplätzen

Pauschal besteuerte Personen sind wichtige Investoren und Konsumenten. In der Schweiz sind rund 22'000 Arbeitsplätze direkt mit der Anwesenheit von Pauschalbesteuerten verbunden.

**Der Parteivorstand der CVP Luzern lehnt die Vorlage mit 3 Ja und 30 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen ab.**

Kantonal

## JA zur Änderung des Universitätsgesetzes



Die kleine Universität Luzern ist erfolgreich, braucht aber eine moderne Organisation und eine Entwicklungsperspektive. Deshalb hat der Kantonsrat ihre Rechtsgrundlage, das Universitätsgesetz, aktualisiert und beschlossen, dass sie als vierte Fakultät eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät errichten kann.

Wirtschaftswissenschaften stellen ein Fach dar, welches bei den Luzernern äusserst beliebt ist. **Rund 750 Studierende**

**belegen aktuell dieses Fach an einer ausserkantonalen Universität.** Dieser Nachfrage soll künftig in Luzern mit einer Wirtschaftsfakultät nachgekommen werden. Das investierte Geld soll im Kanton Luzern bleiben.

Überdies ist eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät für den Kanton finanziell tragbar. Der Aufbau der neuen Fakultät soll mit privaten Mitteln finanziert werden, der normale Betrieb sodann im Wesentlichen mit öffentlichen Geldern des Bundes, des Kantons Luzern sowie den Studiumsbeiträgen der Herkunftskantone der Studierenden finanziert werden.

**Die Delegierten der CVP Kantonalpartei stimmen mit 156 Ja, 23 Nein bei 4 Enthaltungen der Vorlage zu.**

### Partei- General- und Nominationsversammlung

Di, 25. November 2014, 19 Uhr bei Fam. Bättig, Falläsch, Wauwil

- Geschäfte der Gemeindeversammlung vom 09.12.2014
- Nachtessen
- Generalversammlung mit Dank und Ehrungen
- Nomination Kandidatur für die Kantonsratswahlen

Wir freuen uns auf einen interessanten Abend im Kreise der CVP-Familie.

### Gemeindeversammlung

Dienstag, 09. Dezember 2014, 20 Uhr Zentrum Linde

### Bitte reservieren!

### Nominationsversammlung der CVP Wahlkreispartei Willisau für den Kantonsrat

**Samstag, 17. Januar 2015, 16.30 Uhr, Zentrum Linde Wauwil**

Zum Auftakt des Wahljahres 2015 findet in Wauwil die Nominationsversammlung für den Kantonsrat der CVP Wahlkreispartei statt. Die Kandidierenden werden sich in geselligem Rahmen den Gästen aus dem ganzen Wahlkreis präsentieren.

Mit einer **Bankettkarte von Fr. 45 pro Person** werden Sie mit einem Apéro, Nachtessen und einem feinen Dessert verwöhnt, wird Ihnen gute Unterhaltung mit den Chätziger Jazzern geboten und Sie werden mit einem spannenden Showblock überrascht.

Wir laden alle Interessierten und Nahestehende der CVP recht herzlich ein.

Wir freuen uns auf eine grosse Gästeschar!

Die Parteileitung